



Europäischer Ausschuss
der Regionen

Bulletin der Fachkommission NAT Lockdown aufgrund von Covid-19

Aktuelle Informationen zur Gesundheitspolitik



Willkommen beim Bulletin der Fachkommission NAT!

Dies ist nun schon die dritte Ausgabe unseres Bulletins in der Covid-19-Krise, mit dem wir die Mitglieder der Fachkommission NAT und unsere Partner über die Aktivitäten im AdR und auf EU-Ebene auf dem Laufenden halten möchten. Über Ihr Feedback und Ihre Anregungen würden wir uns freuen.

Nachdem einige Länder wie Frankreich und Belgien die Covid-19-bedingten Lockdown-Maßnahmen bis in den Mai hinein verlängert haben, dürften allmählich auch die größten Zweifler den Ernst der Lage begreifen. Die Gesundheitskrise erfasst alle Aspekte unseres täglichen Lebens, und trotz aller Hoffnungen auf einen V-förmigen Verlauf der Erholung muss unsere Gesellschaft auf das eine wesentliche Ziel hinarbeiten: die gesundheitliche Notlage zu beenden und alle Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Politischer Opportunismus ist fehl am Platz, aber dennoch spielen Verbreiter von Desinformation und Falschmeldungen mit Menschenleben. Eine Krise birgt indes auch Chancen – so die Chance für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sich in Solidarität zu üben und die Zukunft der Union auf der Grundlage gemeinsamer Werte zu gestalten.

In dieser Ausgabe wollen wir Ihnen Einblicke in die politischen Entwicklungen auf EU-Ebene geben. Ihre Anmerkungen und Überlegungen nehmen wir weiterhin gerne unter nat@cor.europa.eu entgegen. Und vor allem: Bleiben Sie gesund!

Ulrika Landergren (SE/RE), Vorsitzende der Fachkommission NAT

Europäischer Fahrplan für die schrittweise Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen

Am Mittwoch, den 15. April, hielten die EU-Gesundheitsminister eine Videokonferenz ab, um eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation hinsichtlich COVID-19 in der EU zu machen, über mögliche Lockerungsmaßnahmen nachzudenken und den am besten koordinierten Ansatz für die weitere Entwicklung zu finden. Die Kommissarin für Gesundheit, Stella Kyriakides, und der Vizepräsident für die Förderung unserer europäischen Lebensweise, Margaritis Schinas, nahmen an der Sitzung teil.

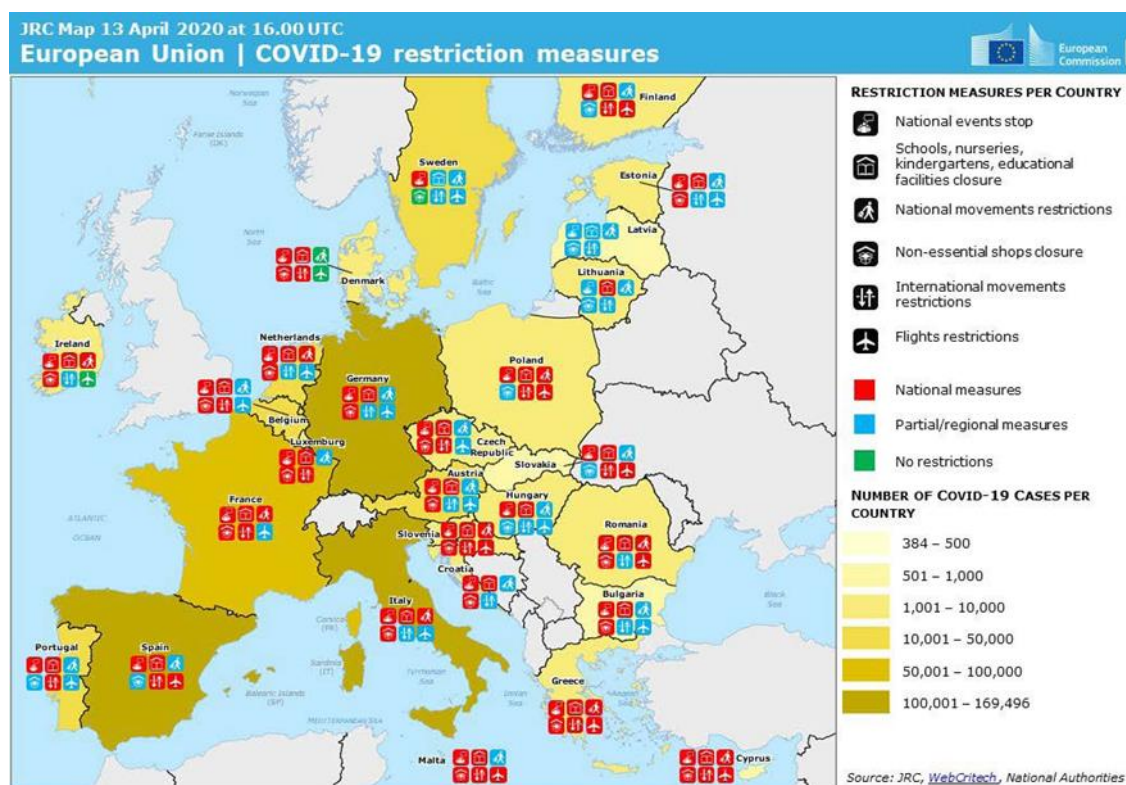
Kommission und Rat legten ihren [Gemeinsamen europäischen Fahrplan für die Aufhebung der Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19](#) vor und forderten die Mitgliedstaaten auf, die Frage, wann die Zeit gekommen ist, um die Eindämmungsmaßnahmen zu lockern, anhand folgender Kriterien zu bewerten:

- Ausbreitung der Krankheit – gibt es einen anhaltenden Rückgang der Neuinfektionen, der Krankenhauseinweisungen und der Patienten in Intensivpflege?

- Kapazitäten der Gesundheitssysteme – können die nationalen Gesundheitssysteme eine künftige Zunahme von Fällen nach Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen bewältigen?
- Überwachung – hat ein Mitgliedstaat umfassende Testkapazitäten zur Ermittlung und Überwachung der Ausbreitung des Virus?

Kommissionspräsidentin Ursula Von der Leyen forderte die Mitgliedstaaten dringend auf, sich vor der Aufhebung von Maßnahmen sowohl miteinander als auch mit der Kommission zu beraten, um unbeabsichtigte Folgen wie die Zunahme grenzüberschreitender Einkaufstrips zu vermeiden, wenn Einschränkungen nur auf einer Seite einer Grenze zurückgefahren werden. In den Leitprinzipien wird gewarnt: „Eine unzureichende Koordinierung bei der Aufhebung restriktiver Maßnahmen könnte sich negativ auf alle Mitgliedstaaten auswirken und zu politischen Spannungen führen.“

Sobald sich die Gesundheitslage europaweit stabilisiert hat, wird die Kommission neue Orientierungen zur Wiederherstellung der Verkehrsverbindungen geben, auch mit Blick auf die Sommerferien.



Link zur PRESSEMITTEILUNG: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_652

Link zum FAHRPLAN:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/joint_eu_roadmap_lifting_covid19_containment_measures_de.pdf

Europa – mit über einer Million bestätigter Fälle der am stärksten betroffene Kontinent

Über die Hälfte aller bislang bestätigten Covid-19-Fälle befinden sich nach Zählungen der französischen Nachrichtenagentur AFP in Europa. Die auf Daten der nationalen Gesundheitsbehörden und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beruhenden Zählungen der AFP erfassen vermutlich nur einen Bruchteil der tatsächlichen Infektionsfälle. In vielen Ländern werden nur die schwersten Fälle getestet.

Laut AFP zählte Europa am Mittwoch, dem 15. April, um 8.30 Uhr mindestens **1 003 284 Infektionsfälle** einschl. **84 465 Todesfälle** und war damit der am schwersten betroffene Kontinent. Weltweit wurden 1 991 019 Covid-19 Infektionsfälle und 125 955 Todesfälle registriert.

Nur zum Vergleich dazu die Zahlen vor sechs Wochen, vom Tag unserer letzten Sitzung in Brüssel am 5. März: **3 351** Erkrankungsfälle und **85** Todesfälle.

Entsendung medizinischer Teams aus Rumänien und Norwegen nach Italien

Ein im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens entsandtes Team europäischer Ärzte und Krankenschwestern aus Rumänien und Norwegen ist in Italien angekommen, um italienische Kollegen bei der Bekämpfung des Coronavirus zu unterstützen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement, sprachen diesen Krankenschwestern und Krankenpflegern, Ärztinnen und Ärzten ihre Anerkennung und ihren Dank aus. Die von ihnen geleistete Unterstützung sei ein Beispiel von Solidarität in Aktion und sie brächten dort Hilfe, wo sie am dringendsten benötigt wird.

Österreich hat seinerseits angeboten, über das Katastrophenschutzverfahren mehr als 3 000 Liter Desinfektionsmittel nach Italien zu liefern. Die Kommission wird diese europäische Hilfe koordinieren und kofinanzieren.

Link zur PRESSEMITTEILUNG: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_613

Krisenmanagement der EU – die maßgeblichen Befugnisse liegen in den Händen der Mitgliedstaaten

In einem am 4. April veröffentlichten Interview mit POLITICO wies Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement, darauf hin, dass die Entscheidungsträger in Europa Befugnisse abgeben müssen, wenn sie eine stärkere europäische Reaktion auf Notlagen wie die aktuelle Covid-19-Krise wünschen.

Den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zufolge muss die EU ihr Krisenmanagementsystem überarbeiten, doch ist die EU dazu gar nicht befugt. „Gesundheitsschutz, Zivilschutz, Grenzschutz ... fällt alles in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Die Kommission kann lediglich motivieren oder bremsen. Wir können fordern, wir können bitten, wir können überzeugen, aber wir können nicht direkt Maßnahmen ergreifen. Das liegt an der Verteilung der Zuständigkeiten,“ erklärte Janez Lenarčič. Abgesehen davon, dass die erforderliche Übertragung von Befugnissen kompliziert wäre, dürften die Mitgliedstaaten dazu auch nicht bereit sein.

Link zur PRESSEMITTEILUNG: <https://www.politico.eu/article/commissioner-janez-lenarctic-big-changes-needed-to-revamp-eu-crisis-system-coronavirus-pandemic-response/>

COVID-19 Impfstoff: Noch nicht sehr bald

Laut der Arzneimittelregulierungsbehörde der Europäischen Union könnte es ein Jahr dauern, bis ein Coronavirus-Impfstoff für eine breite Anwendung zur Verfügung steht.

In dem am 15. April vorgelegten gemeinsamen europäischen Fahrplan wird darauf hingewiesen, dass es Schätzungen der Europäischen Arzneimittel-Agentur ein Jahr dauern könnte, bis ein Impfstoff gegen COVID-19 zulassungsreif ist und in ausreichender Menge für eine sichere Nutzung in großem Maßstab zur Verfügung steht.

Nach der Veröffentlichung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in Höhe von **10 Mio. EUR** im Januar hat die Kommission nun weitere **37,5 Mio. EUR** für dringende Forschungsarbeiten zur Entwicklung eines Impfstoffs gegen COVID-19 sowie zur Behandlung und Diagnose bereitgestellt. Mit diesen **47,5 Mio. EUR** konnten 17 Projekte ausgewählt werden, an denen 136 Forschungsteams aus der gesamten EU und darüber hinaus beteiligt sind.

Darüber hinaus werden im Rahmen der Initiative für innovative Arzneimittel (IMI), einer öffentlich-privaten Partnerschaft zwischen Kommission und Pharmaindustrie, zusätzliche Forschungsarbeiten mit [bis zu 45 Mio. EUR aus dem Programm Horizont 2020](#) unterstützt.

Und am 17. März erhielt das deutsche biopharmazeutische Unternehmen CureVac von der Europäischen Kommission zur Unterstützung seines COVID-19-Impfstoff-Entwicklungsprogramms **80 Mio. EUR** in Form einer EU-Garantie für ein EIB-Darlehen.

Links zur PRESSEMITTEILUNG: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_386,
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_20_379

Lebensmittelverschwendung

Durch die Covid-19-Pandemie könnten bedauerlicherweise die Bemühungen der EU, im Rahmen ihrer geplanten Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ bis 2030 die Lebensmittelverschwendung zu halbieren, untergraben werden. Aufgrund der Schließung von Restaurants, Bars und Hotels sowie infolge von Versorgungskettenunterbrechungen wurden in letzter Zeit viele genießbare Lebensmittel weggeworfen.

EU-weit lagern die Menschen länger haltbare Lebensmittel. Doch ein großer Anteil der gekauften Lebensmittel wird nicht verzehrt.

Zusätzlich bedeutet der Arbeitskräftemangel, dass das erste Frühlingsgemüse und -obst womöglich auf den Feldern verrottet. Die Landwirte sind für die Ernte stark auf Saisonarbeiter angewiesen, die wegen der Reisebeschränkungen nun nicht kommen können. Einige Mitgliedstaaten haben Arbeitslose oder Freiwillige aufgefordert, bei der Ernte zu helfen. Die Kommission hat mittlerweile Leitlinien veröffentlicht, wie die Mitgliedstaaten die Freizügigkeit für Saisonarbeiter erleichtern können.

Link zur PRESSEMITTEILUNG: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_545

Nahrungsmittelhilfe

Auf der einen Seite werden Lebensmitteln verschwendet, auf der anderen Seite arbeiten Lebensmittelbanken und Wohltätigkeitsorganisationen, die den Schwächsten in der Gesellschaft helfen, unter immer schwierigeren Bedingungen, denn neben ausreichenden Finanzmitteln fehlen ihnen auch Schutzausrüstungen und freiwillige Mitarbeiter.

Einer Umfrage zufolge verzeichnen 80 % der Lebensmittelbanken in Europa einen Anstieg der Nachfrage nach Nahrungsmittelforthilfe, auf die immer mehr Menschen angewiesen sind.

Die Europäische Kommission schlägt vor, die Verordnung über den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen zu ändern, um die Nutzung des Fonds für die Behörden und ihre Partnerorganisationen während der Covid-19-Pandemie zu erleichtern. Insbesondere sollen elektronische Gutscheine eingeführt und der Kauf von Schutzausrüstungen für diejenigen, die die Hilfe ausgeben, ermöglicht werden, um Ansteckung vorzubeugen.

Link zur PRESSEMITTEILUNG:

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=1089&newsId=9638&furtherNews=yes>

Zur Umfrage unter den Lebensmittelbanken: https://lp.eurofoodbank.org/wp-content/uploads/2020/04/Report_survey_FEBA_COVID19_FINAL.pdf?utm_source=POLITICO.EU&utm_campaign=8c6226057e-EMAIL_CAMPAIGN_2020_04_16_04_59&utm_medium=email&utm_term=0_10959edeb5-8c6226057e-188983337
